IN VIA für eine offene und demokratische Gesellschaft

Selbstverpflichtende Leitlinien

Die in allen europäischen Ländern zu beobachtenden politischen Strömungen zu Nationalismus und Abgrenzung stellen sowohl Deutschland als auch Europa vor neue Herausforderungen. Es geht um den Erhalt unserer offenen Gesellschaft mit den darin geltenden freiheitlichen demokratischen Grundwerten.

IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit tritt ein für Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte. Deshalb ist der Verband auch ein Teil der Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat-gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Gewalt. Mit diesem Papier legt IN VIA eine Grundlage für eine verbandliche Selbstvergewisserung vor. Dabei knüpft er an seinem vorhandenen „Selbstverständnis“, den „Leitlinien und Zielen interkultureller Sozialarbeit für IN VIA“ und den „Leitlinien für eine Pädagogik der Inklusion „an.

1.Gesellschaftliche Stärken und Herausforderungen

Deutschland präsentiert sich als offenes, humanitäres Land und wird in der Welt auch als solches wahrgenommen. Besonders nach der Ankunft der Geflüchteten entstand in Deutschland eine bisher so noch nicht aufgetretene Hilfsbereitschaft für die Neuangekommenen. Nach wie vor setzt sich eine große Anzahl Ehrenamtlicher mit hohem Engagement für Geflüchtete ein.

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement nimmt in seinen vielfältigen Formen in Deutschland insgesamt zu. Menschen engagieren sich im sozialen oder ökologischen Bereich, sie organisieren Sport- und Freizeitangebote und schließen sich in Initiativen und Verbänden zusammen. Sie setzen sich ein für andere Menschen und gestalten die Gesellschaft konstruktiv im Sinne des Gemeinwohls mit.

Dieses positive Bild darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch Entwicklungen gibt, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. So ist etwa in den vergangenen Jahren ein Anstieg gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu beobachten. Grundlage für diese gruppenbezogenen Anfeindungen ist eine Ideologie der Ungleichheit und der Ungleichwertigkeit zwischen den Menschen. Diese Einstellungen sind inzwischen in allen Altersgruppen, Bildungsniveaus und Erwerbsstatusgruppen anzutreffen. Menschen, die in der Vergangenheit etwa nur antidemokratisch gedacht haben, äußern ihre Meinung jetzt unumwunden und handeln danach-bei Demonstrationen, Wahlen und politisch motivierter Gewalt. Vor allem ist ein Erstarken fremdenfeindlicher Einstellungen zu beobachten. Laut Bundeskriminalamt haben sich die Angriffe auf Asylsuchenden-Unterkünfte im Jahr 2015 mehr als verfünffacht. Im Jahr 2016 verzeichnet das Bundeskriminalamt eine ähnlich hohe Zahl. Betroffen sind unter anderen auch Sinti und Roma, aber auch Obdachlose oder Langzeitarbeitslose. Zunehmend sind auch Äußerungen wahrzunehmen, die zum Teil überwundene geschlechtsbezogene Rollenstereotype wieder hervorheben und manifestieren wollen.

Solche extrem eingestellten Personen sind in der Regel durch Argumente nicht mehr zu erreichen und zu überzeugen. Mit ihren Hetzkampagnen schüren sie jedoch Angst und erreichen diejenigen, die sich durch die populistische Thematisierung von Problemen in ihrer persönlichen Lebenssituation verstanden fühlen. Aber auch hier reagiert die Zivilgesellschaft, indem sich Organisationen und Vereinigungen zusammenschließen, um öffentlich gegen Intoleranz und Menschenfeindlichkeit einzutreten. So sind unter Beteiligung der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und weiterer zivilgesellschaftlicher Gruppierungen Erklärungen herausgegeben und Aktivitäten angestoßen worden. Auch gehen in zahlreichen europäischen Städten Menschen für ein weltoffenes Europa auf die Straße. Darüber hinaus suchen Engagierte verstärkt die Auseinandersetzung mit Akteuren populistischer Bewegungen oder deren Anhänger(innen) und konfrontieren sie mit Fakten. Dieses Engagement ist wichtig, um eine offene und demokratische Gesellschaft zu schützen und destruktive Kräfte zu begrenzen.

2. Bewährungsfelder einer offenen, demokratischen Gesellschaft

Zivilgesellschaftliches Engagement

Eine demokratische Gesellschaft fürchtet nicht eine aktive Zivilgesellschaft. Im Gegenteil: Sie fördert sie. Zivilgesellschaftliches Engagement ist dadurch gekennzeichnet, dass über die Parteien hinaus engagierte Menschen in Verbänden und Organisationen Verantwortung übernehmen für das Zusammenleben. Bei gesellschaftlichen Herausforderungen suchen die verschiedenen Akteure gemeinsam Lösungen. Sie debattieren Vorschläge und handeln tragfähige Kompromisse aus. Ihre Vorstellungen zur Gestaltung des Zusammenlebens diskutieren sie mit politisch Verantwortlichen.

Eine Demokratie ist auf zivilgesellschaftliches Engagement und demokratische Mitgestaltung angewiesen. Möglichst viele Menschen müssen motiviert und befähigt sein, ihre Stärken, Interessen, aber auch ihre Sorgen aktiv einzubringen und sich sowohl sozial als auch politisch zu engagieren.

Vielfalt

Durch den demografischen Wandel, aber auch durch Zuwanderung und soziale und technische Entwicklungen verändert sich unsere Gesellschaft. Darüber hinaus bestimmen neue Formen des Zusammenlebens und neue Kommunikationsmöglichkeiten das gesellschaftliche Miteinander. Ein respektvoller Umgang mit diesen Vielfältigen Lebensweisen sowie religiöser und kultureller Vielfalt ist die Grundlage für unser Zusammenleben. Eine offene Gesellschaft ermöglicht Menschen unterschiedliche Lebensweisen und Anschauungen. Sie lässt Meinungsaustaus, Kritik und dadurch Veränderungen zu. Möglichst viele Menschen beteiligen sich gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben und bringen ihre Fähigkeiten ein. Sie setzen sich mit ihren Werten auseinander, suchen konstruktiven Austausch mit anderen und handeln eine gemeinsame Basis aus.

Geschlechtergerechtigkeit

Die im Grundgesetz garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern gilt für alle Menschen und ist von allen in Deutschland lebenden Menschen anzuerkennen. Ein Zeichen hierfür ist eine konsequente lebensphasenorientierte Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik.

Die Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen unterschiedlicher Geschlechter wird gewährleistet.

Beteiligung

Menschen wollen an Beteiligungsprozessen beteiligt sein und werden dazu befähigt. Sie müssen die Gelegenheit erhalten, ihre Sorgen und Anliegen zu artikulieren und Lösungsvorschläge einzubringen. Dazu bedarf es geeigneter Beteiligungsformen wie etwa Bürgerbefragungen oder -entscheide, Partizipationsforen oder Dialogprozesse.

Solidarität und soziale Gerechtigkeit

Die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben sind soziale Gerechtigkeit und eine solidarische Gesellschaft. Für alle Menschen wird soziale und kulturelle Teilhabe angestrebt. Zugänge zu Bildung und Beschäftigung sowie zu bezahlbarem Wohnraum werden gewährleistet. Soziales Engagement wird gefördert. Die gesellschaftliche Solidarität macht nicht an den eigenen Grenzen halt, sondern beinhaltet auch eine internationale humanitäre Solidarität.

3. IN VIA stellt sich den Herausforderungen

Die Werte und Zielorientierung des Verbandes sind in seinem christlichen Selbstverständnis, den Menschenrechten und dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verortet. Die dort allen Menschen garantierten Rechte sind Orientierung und Grundlage für das verbandliche Handeln. Die folgenden Leitlinien sollen sich in den Grundsätzen, Konzepten und der Lobbyarbeit des Verbandes wiederfinden.

IN VIA versteht sich als eine lernende und sich verändernde Organisation.

IN VIA ist Teil der Gesellschaft. Auch wenn sich der Verband kritisch mit gesellschaftlichen Entwicklungen befasst und für benachteiligte Zielgruppen eintritt, spiegeln sich gesellschaftliche Strömungen und Strukturen auch in ihm wider. Politische Vorgaben oder gewachsene Strukturen, die sich in der Vergangenheit bewährt habe, können möglicherweise aufgrund neuer gesellschaftlicher Phänomene heute zu einer strukturellen Diskriminierung oder Ausgrenzung beitragen. Der Verband versteht sich als eine lernende und sich verändernde Organisation. Verantwortliche und Leitungen schaffen Orte für die Befassung mit gesellschaftlichen Entwicklungen sowie mit der eigenen Struktur und Arbeitsweise. Zusammen mit den Mitarbeitenden hinterfragen sie Bestehendes immer wieder, denken quer und entwickeln neue Herangehensweisen und probieren aus.

IN VIA bietet seinen hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitenden Reflexion und Fortbildung.

Bei IN VIA haben Leitungen und Mitarbeitende eine Vorbildfunktion. Ihre Aufgabe ist es, die Begegnungen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Wertehintergründe zu gestalten und den Prozess interkulturellen Lernens zu fördern. Denn die Lebenswelt der Zielgruppen ist vor dem eigenen Sozialisationshintergrund von den Mitarbeitenden oftmals nicht ohne weiteres nachvollziehbar beziehungsweise sogar befremdlich. Gefordert ist eine akzeptierende, respektvolle Haltung der Mitarbeitenden. Zusätzlich haben sie neue Anforderungen wie etwa die Arbeit mit untereinander konkurrierenden Zielgruppen oder den Umgang mit Diskriminierungen und Rassismus zu bewältigen.

Mitarbeitende erhalten für ihr – zum Teil schwieriges- Engagement Anerkennung und Entlastung. Für sie werden Freiräume zur gemeinsamen Reflexion, Fallberatung oder Supervision geschaffen.

Darüber hinaus können sie Fortbildungen besuchen, um ihre interkulturellen Kompetenzen zu erweitern. Antirassismus-Trainings und Argumentationstrainings gehören ebenfalls dazu.

IN VIA praktiziert eine an Vielfalt orientierte, antirassistische Pädagogik/Sozialarbeit

In den Angeboten von IN VIA soll eine Kultur der Vielfalt gelebt und der Umgang mit Vielfalt gefördert werden. Hierzu gehören die Auseinandersetzung mit eigenen Haltungen, Einstellungen und Werten sowie das Einüben von Respekt und Toleranz.

Teil einer interkulturellen und antirassistischen Arbeit sind auf die verschiedenen Zielgruppen ausgerichtete soziale Trainings. Persönliche Diskriminierung kann am besten durch Begegnungen zwischen verschiedenen Personen beziehungsweise Gruppierungen abgebaut werden. Sich kennenzulernen ist die Grundlage für eine persönliche Auseinandersetzung, über die Stereotypen aufgebrochen werden und Gemeinsamkeiten entdeckt werden können.

IN VIA setzt auf Empowerment

In seinen Angeboten fördert IN VIA Eigenbestimmung und Selbstverwirklichung. Personen sind fähig, sich zu entwickeln und zu verwirklichen sowie verantwortlich und solidarisch zu handeln. Voraussetzung hierfür ist eine Bildung, die dazu beiträgt, diese Fähigkeiten aufzubauen und zu stärken. Hierzu gehört auch, dass Menschen lernen, für sich Verantwortung zu übernehmen und für sich einzutreten sowie sich für die Rechte anderer zu engagieren.

Durch soziale Trainings werden die Übernahme von Verantwortung und die Vertretung eigener Interessen gestärkt. Zudem bietet IN VIA schutzbedürftigen Menschen die Möglichkeit, sich zu treffen und sich auszutauschen, sich zu stabilisieren und Handlungsperspektiven zu entwickeln.

IN VIA praktiziert demokratische Mitbestimmung

IN VIA schafft Lernfelder und Erfahrungsräume für Demokratie und Partizipation. In den Einrichtungen und Diensten des Verbandes werden die Zielgruppen so weit wie möglich an der Gestaltung der Angebote beteiligt. In Einrichtungen, Gruppen- oder Klassenräten lernen sie ihre Interessen zu artikulieren, zu überzeugen und mit Mehrheitsentscheidungen umzugehen. Außerdem entwickelt der verband weitere zielgruppengerechte Angebote der Demokratiebildung.

IN VIA fördert Dialog.

IN VIA macht unterschiedliche Lebensweisen und Verwirklichungsformen zum Thema. Im Dialog setzen sich Verantwortliche, Mitarbeitende und Zielgruppen mit verschiedenen Wertevorstellungen, Menschenrechten sowie mit persönlichen, kulturellen, sozialen und religiösen Unterschieden auseinander. Dabei werden die Ängste, Anliegen und Rechte einzelner Personen ernst genommen und neue Formen des Argumentierens und Aufeinander eingehen eingeübt.

Mitarbeitende bei IN VIA greifen Ängste und Anliegen ihrer Zielgruppen auf und bearbeiten sie mit ihnen. Sie suchen das Gespräch mit denjenigen, die anfällig sind für fremdenfeindliche oder antidemokratische Argumente. Über Nachfragen und sachliche Informationen fördern sie die Auseinandersetzung.

IN VIA bezieht Position

Bei IN VIA werden alle Mitarbeitenden und Teilnehmenden geschützt vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Rassistischen und diskriminierenden Aussagen wird mit einer klaren Haltung begegnet. Betroffenen als auch Angreifenden wird deutlich gemacht, dass Übergriffe nicht geduldet werden.

Mitarbeitende tragen die von IN VIA aufgestellten Grundsätze mit und setzen sie um. Sie verfügen über das Wissen und die Courage, Falschinformationen und Diskriminierungen aufzudecken und dagegen vorzugehen.

IN VIA macht seine demokratischen Werte öffentlich.

IN VIA überprüft seine Öffentlichkeitsarbeit auf Kohärenz und achtet darauf, dass die Werte und Haltungen des Verbandes sichtbar werden. Einzelne Aussagen, Beispiele oder Fotos in Broschüren, Internetauftritten oder sonstigen Veröffentlichungen dürfen keine ausgrenzenden und diskriminierenden Bilder oder Darstellungen erhalten.

Zudem macht der Verband Positionen und Argumente demokratischer Initiativen bekannt und fördert dadurch die Auseinandersetzung mit verschiedenen Sichtweisen. Auch in sozialen Netzwerken und Foren suchen Engagierte bei IN VIA die Diskussion.

IN VIA vernetzt sich mit demokratischen Initiativen

IN VIA vernetzt sich mit demokratisch ausgerichteten Verbänden und Organisationen, die öffentlich für Menschlichkeit und Demokratie eintreten, und unterstützen deren Appelle und Initiativen. So gelingt es, populistischen Gruppierungen, die über Medien und Internet Menschen zu beeinflussen versuchen, andere Haltungen und Informationen entgegenzusetzen. Anregungen, die der Verband durch Kooperationen mit anderen erhält, greift er auf und setzt sie um.

IN VIA setzt sich für Benachteiligte und Ausgegrenzte ein.

IN VIA nimmt die zunehmende Armutsgefährdung bestimmter Personengruppen – vor allem von jungen Menschen und Alleinerziehenden – wahr. Der Verband setzt sich für diese Zielgruppen ein. Über seine Lobbyarbeit macht der Verband auf Fehlentwicklungen aufmerksam und gibt Anregungen für die Gestaltung von Angeboten und Politik.

Fulda, den 16. November 2017

IN VIA Katholischer Verband für

Mädchen- und Frauensozialarbeit Deutschland e.V.

Beschluss der Mitgliederversammlung